

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

21.4.1922 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Zensurpreis:
Nr. 953
und 954
Postkonton:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortliche
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1.— M. — Anzeigengebühr: 1.30 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Anzeigenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind durch die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besprochen. Bei Anzeigebestellung, gleichzeitiger Bezeichnung aus Kontowechseln fällt der Rabatt frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerwartete Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Genua.

V.

Der Konflikt wegen des deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens ist jetzt in aller Form beigelegt worden. Mit der Art und Weise, wie dies geschehen ist, dürfen wir Deutschen zufrieden sein. Wir geben von dem Vertrag nichts auf, sondern verpflichten uns lediglich, von einer Mitwirkung an den Beratungen mit Rußland Abstand zu nehmen, die unmittelbar das Verhältnis zwischen der Entente und ihren einstigen russischen Verbündeten betreffen. An solchen Beratungen sind wir nicht interessiert. Es gibt eine Reihe von Angelegenheiten aus der Zeit, da Rußland noch an der Seite der Entente kämpfte, die von den Beteiligten alle in geregelt werden müssen. An der Beratung aller andern Fragen aber werden wir teilnehmen.

Im Zusammenhang mit der Beilegung des Konflikts hat Lloyd George gestern vor den in Genua weilenden Journalisten eine Ansprache gehalten, die in mancher Beziehung bedeutungsvoll ist. Auch er erklärte, daß der Zwischenfall, der durch den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages hervorgerufen wurde, nunmehr erledigt sei. Die Deutschen und die Russen hätten sicherlich nicht den Wunsch gehabt, die Konferenz zu sprengen; und auch das, was sie getan hätten, sei nicht geeignet, die Konferenz zum Scheitern zu bringen. Allerdings hat Lloyd George nicht unterlassen, zu betonen, daß man auf Seiten der Entente die deutsche Handlungsweise als einen „Akt von Inoyalität“ betrachtete. Und zwar ist es in allererster Linie der Umstand, daß der Vertrag bereits formell unterzeichnet wurde, welcher der Entente Veranlassung gibt, ihrerseits von „Inoyalität“ zu sprechen. Nun, es ist das eine subjektive Auffassung der Entente. Lloyd George hat sie ja auch selber durch die Art, wie er sich ausdrückte, als subjektiv gekennzeichnet.

Was der britische Ministerpräsident sonst sagte, gipfelt in einem Bekenntnis zum Optimismus. Er stellt fest, daß die Konferenz lebt, und zwar recht kräftig lebt, obwohl es im Publikum eine Partei gebe, die am liebsten ein Scheitern der Konferenz wünschen würde. Lloyd George glaubt an einen Erfolg der Konferenz. Die Schwierigkeiten würden überwunden werden. Er sei überzeugt, daß aus dieser Konferenz ein friedliches, harmonisches Europa hervorgehen würde.

Allerdings scheint er sich dessen bewußt zu sein, daß die Zahl derer, die den Haß predigen und neue Streitigkeiten zwischen den Nationen herbeiführen möchten, nicht gering ist. Aber er rechnet damit, daß man diese Kreise wird im Schach halten können. Wo offizielle Verhandlungen nicht ausreichen, würden vertrauliche Besprechungen, von denen Lloyd George mit Recht nachdrücklich sehr viel hält, den Sieg vernünftiger und friedlicher Gedanken verbürgen. Nach Lloyd Georges Auffassung muß die Konferenz eine feierliche Verpflichtung aller Nationen bringen, gegenseitig den Frieden zu erhalten. Denn dieser Friede sei die unbedingte Voraussetzung für den Wiederaufbau Europas. Komme es zu dieser Verpflichtung nicht, so sei die ganze Konferenz ein Fehlschlag gewesen. Bringt man diese Äußerung in Zusammenhang mit den eben erwähnten optimistischen Erklärungen, so hofft also Lloyd George, daß es ihm gelingen wird, auch Frankreich für eine solche feierliche Bindung zu gewinnen.

Wir hören den Optimismus gern und möchten wünschen, daß er sich als berechtigt erweise. Das Studium der Pariser Presse ist allerdings darnach angetan, einige Zweifel aufstauden zu lassen. Aber nicht nur die Pariser Presse ist es, deren Ton zu neuen Beunruhigungen Anlaß gibt, sondern auch das offizielle Frankreich scheint zu Maßnahmen geneigt zu sein, die den Frieden Europas sehr bald wieder in Frage stellen könnten. So wird neuerdings gemeldet, die französische Regierung habe bei den Staaten der Großen und der Kleinen Entente die Auffassung vertreten lassen, daß der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages eine offizielle Intervention der Entente in Berlin erheische, und daß die deutsche Reichsregierung gegwun-

gen werden müsse, jenen Vertrag für null und nichtig zu erklären.

Es ist nun allerdings anzunehmen, daß diese Anweisung der Pariser Regierung vor der gestern erfolgten Beilegung des Konflikts hinausgegangen ist. Frankreich wäre dann also von seinen Alliierten und von den Staaten der Kleinen Entente überstimmt worden. Aber ganz gleich: wir erkennen doch aus dieser Kundgebung der französischen Regierung von neuem, wie wenig sie innerlich bereit ist, mit der großen Mehrheit der europäischen Staaten zu marschieren, und wie begierig sie auf Vorwände lauert, um die Ruhe Europas neuerdings zu erschüttern.

Selbstverständlich zielt die Absicht Lloyd Georges, die Konferenz mit einer feierlichen Friedenserklärung schließen zu lassen, vor allem auf Frankreich. In England scheint man sich je länger, je besser über Eigenart und Bedeutung des französischen Imperialismus klar geworden zu sein. Dieser Imperialismus strebt ganz bewußt danach, die Hegemonie Frankreichs über den Kontinent zu begründen. Und Deutschland ist es, das zunächst dieser Hegemonie zum Opfer gebracht werden soll. Mit Deutschland in der Tasche und mit Polen als Verbündeten glaubt Frankreich, Europa beherrschen zu können. Es ist klar, daß nicht nur England, sondern auch Italien, Rußland, die Neutralen und die meisten Staaten der Kleinen Entente ein sehr lebhaftes Interesse daran haben, diese Hegemonie Frankreichs zu vereiteln. Gelingt es der Konferenz der europäischen Staaten, Frankreich auf jene feierliche Friedenserklärung festzulegen, so würde das, vom Standpunkt der großen Politik aus gesehen, den einstweiligen Verzicht Frankreichs auf seine imperialistischen Wünsche bedeuten.

Was leistet Deutschland für die Opfer des Weltkrieges?

Man schreibt uns:

Das von Deutschland geschaffene Gesetz für die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebene wird von allen kriegsführenden Ländern einschließlich der Siegerstaaten als das beste anerkannt. Aber auch dieses zweifelloste gute Gesetz ist nicht in der Lage, den vollen Schaden an Leben und Gesundheit zu ersetzen, den der Krieg geschlagen hat.

Die Summen, die Deutschland für die Kriegsoffer ausgibt, sind außerordentlich hoch. Die gesamten Renten an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene betragen über 8 1/2 Milliarden Mark. Große Summen verwendet das Reich auch für die sogenannte Kriegsbeschädigtenfürsorge: für Berufsausbildung Kriegsbeschädigter 6 1/2 Millionen Mark, Arbeitsfürsorge für Schwerbeschädigte 14 Millionen, Mitwirkung bei Ansiedelung Kriegsbeschädigter 17 Millionen, Gesundheitsfürsorge für Kriegsbeschädigte 5 Millionen, Beihilfe an Kriegsbeschädigte zur Beseitigung von Notlagen 40 Millionen, Familienfürsorge Kriegsbeschädigter 3 Millionen, für Arbeits-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge sowie für sonstige Fürsorgezwecke 10 400 000 M.

Umfangreiche Mittel werden auch für die Kriegshinterbliebenenfürsorge verwendet. Berufsausbildung und Berufsberatung für Witwen und Waisen 7 1/2 Millionen, Arbeitsfürsorge für Witwen 7 Millionen, Mitwirkung bei Ansiedelung für Witwen 17 Millionen, Gesundheitsfürsorge für Witwen 20 Millionen, Pflegezuschüsse an franke und gebrechliche Witwen 1 Million, Beihilfen zur Ordnung der wirtschaftlichen Lage der Hinterbliebenen und Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und von Wäsche 120 Millionen Mark, für sonstige Zwecke rund 30 Millionen Mark.

In besonderer Weise wird auch für die Kinder der Gefallenen gesorgt. Für Einrichtungen und Anstalten der Gesundheits- und Pflegefürsorge 40 Millionen, für Einzelmaßnahmen der Gesundheitsfürsorge 30 Mill., Einrichtung von Anstalten der Berufs- u. Erziehungsfürsorge 10 Mill., Einzelmaßnahmen der Erziehungs- u. Berufsfürsorge 10 Mill., Förderung reichhaltiger Einrichtungen für Kinderfürsorge 10 Millionen, für Zwecke der sozialen Fürsorge für deutsche Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Auslande werden 30 Millionen veranschlagt.

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz von Genua.

Lloyd George

hatte gestern die Vertreter der Presse aller Länder zu sich gebeten, um ihnen Aufschlüsse über die Lage zu geben. Er ging dabei davon aus, daß der Zwischenfall mit Deutschland erledigt und abgeschlossen sei. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß Rathenau behauptet habe, Lloyd George sei über den deutsch-russischen Vertrag unterrichtet gewesen, erwiderte er, Rathenau habe mit ihm davon nicht gesprochen und sich ihm gegenüber darüber nicht geäußert. Er habe von der Unterzeichnung des Vertrages durch niemand anders als durch seine Kollegen erfahren. Auf die Frage, wie die Deutschen sich zur Note stellen, erklärte Lloyd George, sie tragen dem Wunsch der Alliierten Rechnung. Die Deutschen würden nicht an den Verhandlungen des politischen Ausschusses über das allgemeine Abkommen mit Rußland teilnehmen. Auf die Frage, ob der Vertrag die außerordentliche Spannung rechtfertige, die der Zwischenfall hervorgerufen habe, sagte Lloyd George, er wolle keine bösen Worte gebrauchen, müsse aber feststellen, daß die Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung erfolgt seien und daß Deutschland auch in der politischen Kommission vertreten sei. Er erblicke jedoch in dem Umstand eine unzulässige Haltung, daß man hinter dem Rücken der Kollegen ein Sonderabkommen abgeschlossen habe. Wenn irgend eine andere Delegation und selbst die englische, französische oder italienische ein solches Abkommen hinter dem Rücken getroffen hätte, so könnte man sich die Kritik vorstellen, die ein solcher Schritt zur Folge gehabt hätte. Die energischen Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen worden seien, seien durchaus gerechtfertigt.

Auf die Frage, ob Lloyd George den Eindruck habe, daß die Deutschen und Russen durch den Vertrag die Konferenz sprengen wollten, antwortete der Ministerpräsident verneinend. Auf die Frage, ob nicht durch diesen Zwischenfall die Arbeiter der Konferenz verzögert worden seien, erwiderte Lloyd George, es sei keine Zeit dadurch verloren worden. Die Arbeiten der Kommission hätten jenseits einen Stillstand erfahren, da man die Antwort der Russen hätte abwarten müssen. Im übrigen erklärte Lloyd George, wenn man in Genua nicht zu einem wahren Friedensschluß gelange, der zu einem vollkommenen Wiederaufbau Europas führe, so sei die Konferenz als gescheitert zu betrachten. Sie werde aber bestimmt mit einem solchen Frieden enden, und diejenigen, die eine Sprengung der Konferenz wünschten, dürften nicht auf ihre Rechnung kommen. Auf die Frage, was für Leute das seien, die den Mißerfolg wünschten, erwiderte Lloyd George wörtlich: „Das sind Leute, die von Haß und Völkereifersucht befeuert sind.“

Auf die Frage, ob es gerechtfertigt sei, daß innerhalb einer großen Konferenz private Besprechungen einzelner Staaten und Delegationen stattfinden, erklärte der Ministerpräsident, solche Besprechungen seien durchaus notwendig. Auch auf der Washingtoner Konferenz, die einen so großen Erfolg gehabt habe, hätten Besprechungen einzelner Delegierten untereinander stattgefunden. Solche Besprechungen seien nicht nur gerechtfertigt und nützlich, sondern auch durchaus erwünscht. Sobald die russische Frage erledigt sei, müsse die Frage eines allgemeinen Verzichts auf Angriffe gegen andere Länder gemäß Artikel 6 des Beschlusses von Cannes erledigt werden. Es sei sehr wichtig, daß die Konferenz auch in dieser Beziehung zu einem Abkommen gelange.

Es wurden an Lloyd George dann noch weitere Fragen über den deutsch-russischen Vertrag gerichtet. Er erklärte jedoch, er halte ein näheres Eingehen auf diese Frage nicht für zweckmäßig, da der Zwischenfall erledigt sei und wiederholte, daß er nicht behauptet habe, der Vertrag sei ein Aktentat auf die Konferenz. Er sei überzeugt davon, daß er nicht mit der Absicht, die Konferenz zu sprengen, abgeschlossen worden sei. Es sei möglich, daß die Folgen dieses Vertrages eine Störung der Konferenz hätte bedeuten können, doch könne er nur seine Meinung betonen, daß diese Absicht den vertragsschließenden Parteien ferngelegen habe. Auf die Frage, ob die Konferenz von Genua ihre Beschlüsse selbst ausführen könne oder ob sie nicht dem Völkerbund übertragen würden, erwiderte Lloyd George, der Völkerbund werde einen Teil der Konferenzarbeiten fortzusetzen haben, aber die Verwirklichung der bestehenden Aufgaben des Völkerbundes sei nicht möglich, solange Rußland und Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen seien.

Mehrere Anfragen über den Verlauf der deutsch-russischen Verhandlungen beantwortete Lloyd George dahin, ein Eingehen auf die Frage würde nur zu einer Verschärfung der Stimmung beitragen, weshalb man nicht auf deren Beantwortung beharren solle. Zum Schluß sagte er, er rechne ganz bestimmt mit einem Erfolg der Konferenz und glaube, daß ein einträchtiges und verbündetes Europa aus ihr hervorgehen werde.

Die deutsche Antwortnote.

Wie man lt. Europapress zuverlässig erfährt, wird die deutsche Antwortnote an die Große und die Kleine Entente entgegenkommend sein. Sie wird an dem deutsch-russischen Vertrag festhalten und dürfte den Standpunkt vertreten, daß auf die Teilnahme an den Verhandlungen des politischen Unterausschusses verzichtet werden könne, soweit sie Fragen betreffen, die für Deutschland bereits durch das deutsch-russische Abkommen als geregelt zu betrachten sind. Im übrigen wird die deutsche Delegation dem politischen Unterausschuß zur Verfügung stehen, falls bei der Besprechung der anderen Fragen die Teilnahme deutscher Vertreter angezeigt erscheint.

Gegen die „Methoden der Alliierten“.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ schreibt, wenn der Abschluß eines Separatabkommens mit Rußland von Seiten Deutschlands als eine Torheit bezeichnet werden müsse, so müsse die katastrophale Politik der Alliierten mit noch härteren Ausdrücken benannt werden. Mit ihrer verhängnisvollen Rückkehr zu den Verhandlungen von Paris hätten die Alliierten systematisch und offen die Beherrschung der Genuefer Konferenz durch den Obersten Rat für das wichtigste Problem, mit dem sich die Delegierten zu befassen hätten, erreicht. Deutschland sei berechtigt zu erklären, daß, wenn die Konferenz ihm irgend etwas zu sagen habe, sie dies entweder als Konferenz oder durch den politischen Unterausschuß sagen müsse, der besonders die Behandlung der russischen Frage ernannt worden sei. Nach Ansicht des Berichterstatters haben die Methoden der Alliierten in Genua die Konferenz endgültig ruiniert. Dies brauche nicht notwendigerweise den Abbruch der Konferenz zu bedeuten. Vielleicht werde doch ein wichtiges Abkommen mit Rußland zustande kommen. Statt eine Einheit zu erzielen, seien die Differenzen verewigt worden, und die Verantwortung dafür liege in der Hauptsache bei den Alliierten. Die Tatsache, daß man Tag für Tag zu berichten habe über alliierte Erörterungen, alliierte Vorschläge, alliierte Beschlüsse, während die Delegierten der kleinen Nationen ziellos in Genua herumwandern müßten, beweise, wie vollständig die Ideale der Konferenz verschunden seien. Italien sei nicht im geringsten dafür zu tabeln. Schonger habe während der ganzen Konferenz eine liberale Anschauung bewiesen; ebenso de Sisti.

Die Finanzfachverständigen zur Währungsfrage.

Die Finanzfachverständigen machen folgenden Vorschlag, der als Grundlage für eine internationale Konvention über die Währungsfrage dienen soll:

Art. 1. Die teilnehmenden Staaten erklären, daß die Wiedereinrichtung der wirklichen Goldwährung das Endziel ist, dem sie zustreben. Sie sind bereit folgende Punkte zu prüfen: a) Um Herr ihrer eigenen Währung zu sein, soll jede Regierung ihre jährlichen Ausgaben beschränken, ohne zu der Schaffung von Zahlungsmitteln oder zur Ausgabe von Banknoten zu schreiten; b) Infolgedessen ist es angebracht, den Goldwert der Münzen-Einheit zu bestimmen und festzulegen, soweit die Umstände dies erlauben. Dieser Wert braucht nicht unbedingt der früheren Goldparität zu entsprechen; c) Um die Münz-Einheit in ihrer Parität zu erhalten, ist es unerlässlich, daß jede Regierung aus noch aufzutreibenden Werten eine genügende Reserve anlegt, die aber nicht unbedingt aus Gold zu bestehen braucht.

Art. 2. Sobald die wirtschaftliche Wiederaufrichtung genügend fortgeschritten ist, richten gewisse teilnehmende Staaten einen freien Markt für Gold ein, so daß sie auf diese Weise zu Goldzentren werden.

Art. 3. Ein teilnehmendes Land kann außer der im Land selbst befindlichen Goldreserve in allen teilnehmenden Ländern sich Reserven in Form von Wechselkursen, kurzfristigen Obligationen oder anderen passenden flüssigen Mitteln schaffen.

Art. 4. In der Praxis wird jedes teilnehmende Land auf Begeh der Devisen eines anderen teilnehmenden Landes zu einem Kurs kaufen oder verkaufen, der nur um einen bestimmten Bruchteil von der Parität abweicht.

Art. 5. Die Konvention rüht sich also auf ein System der Goldwährung. Damit ein Land Mitglied bleiben kann, ist es verpflichtet, ferner nationale Münzeinheit den festgesetzten Wert zu erhalten, andernfalls wird seine uneingeschränkte Teilnahme ruhen.

Art. 6. Jede Regierung ist gegenüber den Konventionsstaaten für die Aufrechterhaltung des Pariwertes ihres eigenen Geldes verantwortlich. Sie hat jede Freiheit in der Wahl der ihr zugänglichen Mittel zur Erreichung dieses Zieles, sei es die Stabilisierung der Kredite durch Zentralbanken, sei es durch ein anderes Mittel.

Art. 7. Mit der Stabilisierung der Kredite bestimmt man nicht nur die Aufrechterhaltung des Pariwertes der verschiedenen Münzeinheiten unter sich, sondern man verhindert auch anomale Schwankungen der Kaufkraft des Geldes. Immerhin ist nicht vorgesehen, die Initiative der Zentralbanken durch die Aufstellung genauer diesbezüglicher Anordnungen zu durchkreuzen.

Die Alliierten-Schulden der Union.

Wie die Blätter aus Washington berichten, wurde in einer Sitzung, an der Schatzsekretär Mellon und sämtliche Mitglieder der Schuldenkommission, darunter Hughes, Hoover und Burton teilnahmen, eine Kommission für die Fundierung der alliierten Schulden konstituiert. Sie wird künftig von Zeit zu Zeit

zusammentreten und sich zuerst mit der englischen und dann mit der Schluß der anderen Länder in einer noch zu bestimmenden Reihenfolge beschäftigen. Die Kommission zeige keinerlei Neigung, die Dinge zu überstürzen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt über die Weltwirtschaftsnöte.

In der gestrigen Sitzung der Unterkommission des Wirtschaftsausschusses hielt der Reichswirtschaftsminister Schmidt dem „Vorwärts“ zufolge eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Es ist richtig, daß in den niedrigproduktiven Ländern die Produktionskosten geringer als in den hochproduktiven Ländern sind. Dieser Zustand hat für uns nichts Erfreuliches. Jedes weitere Sinken der Welt in Deutschland beantwortet der Inlandsmarkt sofort mit einer Warenpreiserhöhung. Deshalb steht das Währungsproblem an erster Stelle, und es entscheidet über den Erfolg aller rein wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die hochproduktiven Länder sperren die Einfuhr durch Zölle und Verbote, wir tun das gleiche, aber die Gründe sind verschieden. Für die hochproduktiven Länder bedeutet es vielfach einen Schutz für die Industrie, für Deutschland speziell ist es die Sorge um eine Verbesserung der Zahlungsbilanz. Wir sind gar nicht die bösen Konkurrenten wie angenommen wird. Im Einzelfall kann die Konkurrenz schwer empfunden werden, in der Gesamtwirkung liegt eine gewaltige Überhöhung vor. Deutschland z. B. hatte im Jahre 1913 an der gesamten Fabrikatenausfuhr der Welt einen Anteil von 8 Prozent, im Jahre 1921 ungefähr 5 Prozent. Unter Abrechnung der Kohlenausfuhr ist die Menge der deutschen Ausfuhr von monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf monatlich rund eine Million Tonnen im Jahre 1921, also auf 40 Prozent gefallen.

Die wirtschaftlich schwachen Staaten sind nicht nur die Gebenden, sondern auch die Nehmenden. Der gerüttelte Markt in Osteuropa nimmt vor allem den Rohstoffe ausführenden Ländern einen großen Teil ihres Absatzmarktes, rüttelt an den wirtschaftlichen Grundfesten aller Staaten und treibt den Schwachen immer tiefer in den Verrall. Aber es ist ja nicht nur der Markt in Mittel- und Osteuropa, der geschwächt ist.

In Deutschland ist der Verbrauch an Brotgetreide um 24 Prozent, an Fleisch um 60 Prozent zurückgegangen. Spricht nicht der Mangel an der Weltproduktion für meine Auffassung? Eisen und Stahl, Kohle und Baumwolle sind weit unter die Weltproduktion von 1913 gesunken. So komme ich zu dem Ergebnis: Wir müssen die Produktion erhöhen durch gesteigerte Kaufkraft des Volkes und zugleich für die Zufuhr von Rohstoffen den Weg frei machen. Aber wenn die Vertreter vor Südslawien neuen großen Anteil an der Reparation verlangen, so sage ich, es kann nicht der Aufbau des wirtschaftlich schwachen Staates mit der Bedrückung eines zahlungsunfähigen erreicht werden.

Die Stundung von Steuern.

Der Reichsfinanzminister hat dem Finanzamt auf seine Eingabe, den Steuerpflichtigen bei Stundungsgefallen weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, mitgeteilt, daß die Finanzämter angewiesen seien, Stundungsgehalte mit Sorgfalt zu prüfen und den Verhältnissen des einzelnen Falles Rechnung zu tragen. In dem Antwortschreiben heißt es weiter:

„Bei der Entscheidung über die Stundungsgehalte haben die Finanzämter einerseits zu berücksichtigen, daß die Steuerpflichtigen im allgemeinen fast zwei Jahre lang nur verhältnismäßig geringe Steuern gezahlt haben und daß die Steuern von einem in besserem Gelde erzielten Einkommen mit einem inzwischen weiter entwerteten Gelde bezahlt werden. Auch wird im einzelnen Falle zu prüfen sein, ob der Steuerpflichtige in der Lage war, sich die erforderliche Summe für die Entrichtung der Steuer zurückzulegen. Andererseits ist jedoch zu berücksichtigen, daß der gesamte Steuerbetrag, soweit er die bisher entrichtete vorläufige Steuer übersteigt, und außerdem der größte Teil der vorläufigen Einkommensteuer für 1921 innerhalb kurzer Frist entrichtet werden muß und die sofortige Einziehung dieser Beträge mit erheblichen Härten für den Steuerpflichtigen verbunden sein kann. Eine solche Härte wird in der Regel dann anzunehmen sein, wenn Steuerbeträge in einer Höhe festgesetzt sind, mit der die Steuerpflichtigen nicht gerechnet haben, also namentlich dann, wenn bei der Veranlagung über das in der Steuererklärung angegebene Einkommen hinausgegangen ist. Die Finanzämter sind ermächtigt, sofern Härten vorliegen, unter Beachtung der vorstehenden Gesichtspunkte Stundung zu gewähren oder Entrichtung in angemessenen Teilzahlungen zu gestatten.“

Münchener Brief.

Kapellmeistertrien und Musikfest.

Felix Mottl war vor mehr als zehn Jahren in München ebenso unerwartet und grausam durch einen Schlaganfall aus seiner Tätigkeit gerissen worden, die bei diesem überragenden deutschen Kapellmeister und Operndirektor einem dauernden Musikfest verglichen werden konnte, wie sein strebsamer, sich selbst der Kunst ohne Grenzen aufopfernder Vorgänger, Hermann Zupke. Die Krise, die damals in der Leitung der Münchener Hofoper und der Münchener Opernspiele entstand, wurde überwunden durch die Berufung Bruno Walters aus Wien. Die Umstände seiner Berufung und Einführung waren sehr kennzeichnend für die Arbeitsweise und den Charakter des neuen Mannes, mehr noch aber für die Eigenart der Propaganda, die seine eifrigen und überbegeisterten Freunde für ihn trieben. Nachdem das berühmte: „Kommt er oder kommt er nicht?“ — das die Verhandlungen bei solchen Aktionen zu erschweren pflegt, endlich und glücklich in bejahendem Sinne überwunden war und Bruno Walter mit größter Eingabe in München seines Amtes waltete, erhob sich ein jahrelanges Für und Wider über seine Art und Kunst des Dirigierens, über seine nach Zupke und Mottl in München ungewöhnlichen Auffassungen, namentlich der deutschen Opern und Symphonien. Seine weiche, im lyrischen Schwung fortgerissene Weise stand von der kernigen, mehr klassischen und objektiven Art Felix Mottls ebenso ab, wie etwa der Charakter der Werke Mahlers und Beethovens. Wer sich aber von vornherein ein heißes Urteil machte und sich von der abstoßenden Claque, die Walter nach Wiener Muster alsbald mit ihrem Hörendienst verfolgte, nicht betören ließ, mußte sich durch die oft eigenwillige Art, wie Walter Beethoven dirigierte, angeregt und nicht selten bewundern fühlen. Walter war eine musikalische Potenz ersten Ranges, ein „Acht“, der mit seiner scheinbar schmerzlichen, schwärmerisch hingebenden und dadurch suggerierenden Dirigierfreudigkeit nicht nur die trägen und überbegeisterten Elemente des alten Hoforchesters fast ohne Ausnahme auf seine Seite zog und manchen seit Hermann Lebis Zeiten gemachten Joch schmälerte abknüpfte, sondern auch die Mehrheit des Publikums faszinierte. Ein maßgebender Teil der Kritik blieb allerdings lange Zeit noch sehr skeptisch,

Walter hatte jahrelang, wie er glaubte und flachte, und wie seine bündelartigen Überredungen in Wort und Schrift ausposaunten, unter einer strengen — die Intimi verlebten es in „übelvollenden“ — Kritik zu leiden. Diese Leiden veranlaßten sogar einen der Freunde, vor denen gerade einen großen Künstler bekanntlich der Herr bewahren möge, zu einem verurteilenden publizistischen Vorstoß gegen die mißliebige Kritik, und ein Beleidigungsprozeß mußte die üblen Dinge brechen und klären. Diese Erfahrungen und „Leiden“ waren ein Glück für den belebungsfähigen Dirigenten. Teils wußte er sich anzupassen und tatsächliche Fehler zu verbessern und abzustreifen, teils paßte sich das Publikum und die Kritik noch weiter an Walters Eigenart an. Als dann nach scharfen Auseinandersetzungen, bei denen das Recht mehr auf Seiten Walters war, Friede mit der leidenschaftlichen Pfingstergemeinde geschlossen wurde und Walter mit wachsendem Erfolg die besten Werke der alten und neuen deutschen Oper, vor allem Wagner, Cornelius, Hugo Wolf, Weber, Marschner in den Spielplan aufnahm und diese Werke in würdiger Fassung hier neben der italienischen und neuesten Produktion selbst während des Krieges und der Stürme der Revolution dauernd feischte, wurde Bruno Walter allmählich zum allgemein geachteten Führer der Münchener Oper, den die Kritik mit nach und nach gemilderten und ganz vernehmlichen Einwänden in den musikalischen Himmel erhob. In der Tat hat sich Walter unter den schwierigsten Zeitverhältnissen als wirklicher Führer behauptet und die größten Verdienste um die Kunst und die Kunststadt München erworben. Als an den meisten deutschen Opernbühnen ein unbestreitbarer Niedergang und Tiefstand zu beklagen war, brachte Walter die ausserordentlichen Opern- und Konzertaufführungen und Festspiele zustande und erhielt einen Opernspielplan, der wohl von keiner deutschen Bühne erreicht worden ist. Mehr und mehr machten sich aber die Schwierigkeiten der neuen Zeit fühlbar. Die Revolutionierung des an sich nicht leicht zu behandelnden Bühnenpersonals schaffte für einen großen Opernbetrieb organisatorische und wirtschaftliche Schwierigkeiten, die nur der richtig einzuschätzen weiß, der einen praktischen Einblick in diese Verhältnisse besitzt. Obendrein verderben die üblen Sitten der nicht mehr bezahlbaren Opernstare, die eine ständige Beschäftigung an einer Bühne nicht mehr belibien und ausgedehnte Urlaube- und Gastspielreisen, besonders in das balnastische

Neue Erhöhung der Beamtengehälter.

Gestern vormittag haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen der einzelnen Befoldungsreferenten über die Frage einer neuen Erhöhung der Beamtengehälter begonnen, da infolge des dauernden Steigens der Indizes die Gehaltsorganisation der Beamten mit neuen materiellen Forderungen an die Regierung herantrat. In diese Verhandlungen wird sich eine Zusammenkunft der Finanzminister der Länder anschließen, die wahrscheinlich in Süddeutschland stattfinden wird.

Zum Kampf um Schwarz-Rot-Gold.

In der Nummer vom 4. September 1870 eines alten demokratischen Blattes hat die „Republikanische Presse“ folgende interessante Schilderung über die Berliner Kundgebung anlässlich der Schlacht bei Sedan entworfen:

Am 3. September, morgens um 8 1/2 Uhr, begab sich der Generalfeldmarschall Graf Wrangel, die Siegesdepesche hoch über dem Haupt haltend, zu Fuß in das Palais der Königin. Gleich nachdem Graf Wrangel in das Palais der Königin eingetreten war, erschien die Königin auf dem Balkon und empfing einen Guten Morgen!, wie ihn schöner und herzlicher noch keine Königin von dem Volke erhalten hat. Dazwischen gelang es einem Jungen, das Monument Friedrichs des Großen zu besteigen und auf dessen Spitze unter dem Jubel des Volkes eine schwarzrotgoldene Fahne zu befestigen, sowie dem großen König selbst einen Lorbeerkranz aufs Haupt zu setzen. Das Beispiel fand sofort Nachahmung, insbesondere nachdem die Königin den ersten kühnen Turner in das Palais beschied, ihm ein Geschenk übergeben und sich dessen Namen und seine näheren Verhältnisse angemerkt hatte. Bald war das Kunststück mit Knaben wie besät; der alte Fritz erhielt eine preussische Fahne in die rechte Hand und zu beiden Seiten eine schwarzrotgoldene und eine norddeutsche Bundesfahne. Also: Geführt von einem preussischen Feldmarschall befestigte das Volk der preussischen Hauptstadt die schwarzrotgoldene Fahne unter allgemeinem Jubel an Denkmal eines Königs von Preußen und Preußens regierende Königin ehrte aus dem Herzen heraus das große deutsche Einheitszeichen. Das war an einem der glänzendsten Tage preussisch-deutscher Geschichte. Heute aber haben die Kreise, die sich aufspielen als hätten sie das Nationalgefühl in Erbpacht genommen, nichts wichtigeres zu tun als dieses großdeutsche Einheitszeichen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zu beschuldigen und in einer Weise gegen die schwarzrotgoldenen Farben Sturm zu laufen, daß darüber beinahe die Einheit des Reiches in Trümmer geht.

Verhaftung der armenischen Mörder.

Gestern wurden in Leipzig zwei armenische Studenten verhaftet, die unter dem dringenden Verdacht stehen, an dem Attentat auf die beiden jungtürkischen Politiker beteiligt gewesen zu sein. Die beiden Armenier, die in Leipzig bei einem Sprachlehrer Unterricht haben, hatten um einen kurzen Urlaub gebeten, um angeblich zu ihren Familien nach Berlin zu reisen. Der Sprachlehrer, der durch Pflichtenmeldungen von der Mordtat erfahren hatte, schöpfte Verdacht und informierte die Kriminalpolizei. Die beiden armenischen Studenten wurden nach ihrer Verhaftung in Leipzig sofort photographiert, und ihre Bilder wurden nach Berlin geschickt. Hier stellte die Witwe Talat Paschas und auch die Witwe des ermordeten Chaik fest, daß einer der Photographierten derjenige Mann war, der die Witwe Talat Paschas vor der Mordtat zurückschickte und dann mehrere Schüsse abgab. Auch die Hauswallerin des Hauses Wladstraße 47, vor dem der Anschlag verübt wurde, stellte das gleiche fest. Die beiden Verhafteten werden morgen nach Berlin übergeführt und den Angehörigen der Ermordeten gegenübergestellt werden. Auch die in Berlin wohnenden Familien der beiden Studenten wurden verhaftet.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Erhöhung der Postgebühren. Der Verkehrsvertrag im Reichspostministerium ist gestern zusammengetreten, um mit den zuständigen Referenten über die bevorstehende Erhöhung der Postgebühren zu beraten, die durch die letzte Erhöhung der Gehälter und Löhne für die Postbeamten und Arbeiter notwendig geworden ist.

DZ. Die Abstimmung der Metallarbeiter. Nach dem bisher vorliegenden Resultat haben sich die Streikenden und ausgesperrten Arbeiter in der württembergischen Metallindustrie mit gegen 90 Prozent für die Ablehnung des Geibelber-

Ausland vorziehen, die vereinzelt noch anzutreffende gute Seite einer ununterbrochenen Amstättigkeit des ersten Kapellmeisters. Warum soll auch der erste Dirigent und Operndirektor mit seinem nicht übermäßig hohen Gehalt und einem Nebenverdienst aus Konzerten und gelegentlichen auswärtigen Betätigungen sich begnügen, während seine ersten Sänger und Sängerrinnen auf ihren kontraktlichen und außerkontraktlichen Gastspielreisen den schänden Mannen in Masse einheimischen? Diese Erwägung ist namentlich sehr begründet, wenn sie auch für einen so umfangreichen und schwierigen Opernbetrieb wie in München vordringlich werden muß. Bei Bruno Walter verdichtete sich diese Erwägung zu einem Abschiedsgesuch an die Generaldirektion der Staatsoper. Der Künstler stellte sein Ruhebedürfnis in den Vordergrund.

Nun erlebten wir in München leider wieder die Methode aus der Zeit von Walters Berufung. Ein Teil der Presse öffnete ihre Spalten einer maßlosen Propaganda für Walter, der unter allen Umständen festzuhalten sei. Man unterhandelte in der entgegenkommendsten Weise mit dem amtsmüden Operngeneralismus und wollte ihm schließlich neben anderen Erleichterungen zwei Monate Urlaub zugestehen. Walter aber verlangte dreieinhalb Monate. Das konnten die Verantwortlichen im Kultusministerium und in der Generaldirektion nicht zugeben; denn die Oper hatte in der letzten Zeit schon unter den reichlichen Beurteilungen Walters und der übrigen ersten Kräfte gelitten. So ließ man Walter ziehen, der noch bis zum Herbst verpflichtet ist und die Opernspiele leiten wird. Nach dem übertriebenen Geshrei der Propagandisten, und gerade vielleicht wegen dieser Übertreibungen, ist eine gewisse Entspannung der musikalischen öffentlichen Meinung eingetreten; man hofft auch ohne Walter zurecht zu kommen. Neben Karl Muck, der aber bereits auf den Versuch, ihn für Stuttgart zu gewinnen, geantwortet hat, er wolle sich nicht mehr in den heute unmöglichen Opernbetrieb stürzen, werden besonders der Dessauer Generalmusikdirektor Knappertsbusch, auch Richard Strauß, Franz Mikorey, ein Sohn des verstorbenen Münchener Kammerjägers, und der Karlsruher Operndirektor Fritz Coriolegis als Nachfolger Walters genannt. Wie die Einführung Walters selbst bewiesen hat, kann auch ein von mächtigen Faktoren unterstützter Künstler sich durch seine Leistungen die notwendige Autorität sichern, wenn er seine

Der Angehörigen der Metallindustrien ausgeprochen. — Die im Christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands organisierten Metallarbeiter in Stuttgart haben folgende Entschliessung gefasst: Die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Stuttgart, billigen die Stellungnahme ihrer Vertreter zu den Streitfragen in der Metallindustrie und bei den Verhandlungen zur Beilegung des Kampfes. Nachdem die letzten Verhandlungen in Heidelberg gescheitert sind, erwarten wir vom Reichsarbeitsminister einen letzten Vorschlag, der die Grundlinie zu einer Einigung festlegt und geeignet ist, zu einem befriedigenden Abschluss des Kampfes in der süddeutschen Metallindustrie zu führen.

21. Vollversammlung der Bad. Landwirtschaftskammer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung widmete der Vorsitzende Gebhard den verstorbenen Herren Red und Denk herabgelassene Worte der Anerkennung und freundlichen Gedanken. (Die Kammer erhebt sich zu ihren Ehren von den Sigen).

Direktor Dr. Müller berichtete über das Hilfswert der deutschen Landwirtschaft: Unser Geldwert sinkt von Tag zu Tag, so daß es nur unter den größten Schwierigkeiten möglich ist, von ausländischen Waren heranzuzuführen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die deutsche Produktion so zu steigern, daß wir unseren Bedarf durch gesteigerte Produktion im Inlande decken. Eine Steigerung unserer Produktion um 15 Prozent würde vollständig genügen. Wenn man aber bedenkt, daß wir durch den Krieg große Teile fruchtbarer Ackerbodens verloren haben, dann erhöht sich dieses Steigerungsmaß auf 20 Prozent. Dann sind wir in der Lage, unsere Bevölkerung unabhängig vom Ausland zu ernähren. Wir müßten erzielen vom Hektar an Roggen 20,1, Weizen 24,6, Hafer 22,8, Kartoffeln 162, Runkelrüben 456, Wiesenheu 53 Doppelzentner. Schwierigkeiten macht die Beschaffung von Düngemitteln. Die Fabriken müssen in die Lage versetzt werden, die Landwirtschaft ausreichend mit Düngemitteln zu versehen. Die Träger des Hilfswertes für die Landwirtschaft müssen die Landwirtschaftskammern sein, in Verbindung mit allen landwirtschaftlichen Organisationen. Aufgaben sind: Auffschließung von nicht bewirtschaftetem Land und vor allem Steigerung der Produktion auf den bereits in Kultur befindlichen Landstücken. Es müssen Organisationen geschaffen werden, landwirtschaftliche Bezirksvereine, die sich dieser Aufgabe unterziehen und mit denen die Landwirtschaftskammer unter Anteilnahme der Regierungsstellen in enger Fühlung tritt. Uns in Baden fehlt ein gemeinnütziges Institut für Belehrung der Grundbesitzer, Meliorationen usw. Das Hilfswert will diesem Mangel abhelfen. Es soll die ganze Land- und Forstwirtschaft eine Kreditgemeinschaft bilden als öffentlich rechtliche Körperschaft mit der Aufgabe, daß jeder Hektar des Landes belehrt wird mit einer bestimmten Leistung in Roggen. Es sollen Obligationen ausgegeben werden, deren Sicherheit in dieser Roggenlieferung liegt. Wir sind bis jetzt wegen der großen Schwierigkeiten, die diesem Projekte entgegenstehen, noch zu keiner Lösung gekommen, Schwierigkeiten, die zum Teil in landwirtschaftlichen Kreisen selbst zu suchen sind.

Redner stellt folgenden Antrag zur Annahme: Die Landwirtschaftskammer betrachtet die im Hilfswert der deutschen Landwirtschaft vorgesehenen umfassenden Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung als wichtigstes Mittel zur Befreiung unserer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Sie hat von jeder die Hebung der inländischen landwirtschaftlichen Erzeugung als ihre erste Aufgabe erachtet und ist bereit, sich für die Durchführung des hingekommenen Teiles des Hilfswertes mit allen Mitteln und Kräften zur vollen Erreichung des gesteckten Zieles zur Verfügung zu stellen.

In der sich anschließenden Debatte beteiligten sich die Herren Biermeißel, Wader und Bürgermeister Bärmann, die sämtlich das Hilfswert freudig begrüßten; doch dürfe es der Landwirtschaft keine Hekteln auferlegen. Besseres Saatgut, ausreichende Düngemittel, moderne Hilfsmittel müßten beschafft, billigere Frachttarife vorsehen werden. Weiter wird verlangt gerechte Beseinerung und Befreiung der Geminnisse der Landwirtschaft.

Direktor Angenheffer tritt entschieden für eine Steigerung der Produktion ein, lehnt aber die Bezeichnung Hilfswert ab. Aus der Kreditorganisation wird bei uns im Süden nichts. Das ist nicht das Wichtigste. Der Bauer hat Kredit, er braucht Runkelrüben. Redner tadelt, daß der Präsident der Kammer in der Umlagefrage eine andere Stellung einnehme, als er sie angenommen habe als Vorsitzender des Landbundes.

Präsident Gebhard: Der Vorstand hat zum Umlageverfahren Stellung genommen und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß das Umlageverfahren abgelehnt werden müßte. Daß wir aber im Interesse der heutigen Notlage es für notwendig erachten, daß eine Verbilligung des Brotes für die notleidenden Kreise durchgeführt werde, nicht aber auf Kosten der Landwirtschaft allein, sondern daß diese Verbilligung des Brotes von den all-

höhen Ziele mit ungeschwächter Newerkraft zu verfolgen weiß. Inzwischen ist in München noch eine zweite Kapellmeierkrise ausgebrochen. Siegmund v. Hausegger, der Direktor der Akademie der Tonkunst und erste Dirigent des Konzertvereins hat sein Weibchen beim Konzertverein von der Einräumung eines entscheidenden Einflusses auf die Organisation und die Veranstaltungen des Orchesters abhängig gemacht. Die wirtschaftlichen und die künstlerischen Notwendigkeiten stoßen eben auch beim Konzertverein hart aufeinander. Man hofft und wünscht allgemein, daß hier noch ein Ausgleich der nur scheinbar widerstreitenden Interessen möglich ist. Nur eine allererste Kraft wie Siegmund von Hausegger kann das Kunstsinntum auch wirtschaftlich vor der drohenden Auflösung bewahren.

Friedrich vereint finden sich die beiden hochgeschätzten Dirigenten Walter und Hausegger noch als Führer des für den Sommer angeforderten Deutschen Chor- und Kammermusikfestes in München. Neben der Deutschen Gewerkschau im Ausstellungspark, der religiösen Schau in Oberammergau, den deutschen Opernspektakeln im Prinzregenten-, National- und Residenztheater werden unsere wohlhabenden Sommergäste also auch noch ein Chor- und Kammermusikfest genießen. — Wie sich diese Kulturmonstration mit unserer an der Spitze aller deutschen Kunst markierenden Feuerung vertragen wird, ist ein ungelöstes Rätsel.

Dr. Friedrich Köhl.

Landestheater. Des Hoftheaters des Fr. Dora Geißler vom Stadttheater in Dortmund als „Hera“ in „Des Meeres und der Liebe Wellen“ hat zur Aufführung der Künstlerin von Beginn der nächsten Spielzeit ab geträufelt.

gemeinen Schultern getragen werden müßten. Es wurde ein Schreiben an den Landtag verfaßt, in dem irrtümlicherweise das Wort Umlageverfahren statt Sicherstellung gebraucht war. Wir müssen in der heutigen schweren Zeit eine Verbilligung des Brotes durchführen für die wirtschaftlich Schwachen, aber die Landwirtschaft allein darf die Last nicht tragen.

An der weiteren Debatte beteiligten sich die Herren Monnierat Wader, Pfister und Schill, der den Ton der Landtagspresse als unerschämte bezeichnet. Abg. Vogt wendet sich gegen diese Äußerung. — Staatsrat Weiskopf kommt nochmals auf das Schreiben der Kammer an den Landtag zurück, das Verwirrung hervorgerufen habe. — Präsident Gebhard erklärt, daß in dem Schreiben klar zum Ausdruck kam: das Umlageverfahren wird abgelehnt. — Abg. Sad wendet sich nachdrücklich gegen das Umlageverfahren und gegen den Landbund. Der Antrag betreffend Hilfswert wird einstimmig angenommen.

Freiherr von Menzingen berichtet über die Bildung einer landwirtschaftlichen Abteilung im Ministerium des Innern. Die Kammer hat Geheimen Hofrat Professor Dr. Gothein-Hedelberg gebeten, ein schriftliches Gutachten über diese Frage zu erstatten. Professor Gothein spricht sich in längerer Ausführung über dieses Thema. Er bereitet sich eingehend über die Aufgaben der Landwirtschaftskammer und speziell den Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung. Gerade in der Selbstverwaltung sei Baden sehr zurückgeblieben. Ein hervorragendes Organ der Selbstverwaltung ist die Landwirtschaftskammer, die in erster Linie geeignet sei, die Aufgaben der Landwirtschaft zu erfüllen.

Freiherr v. Menzingen stimmt den Ausführungen des Vortragenden zu, fordert jedoch auch die Eingliederung der Landeskulturverbände und verlangt nachdrücklich weitgehende Selbstverwaltung der Landwirtschaftskammer. Redner wandte sich gegen die in einer Denkschrift des Vereins höherer Beamten der inneren badischen Verwaltung geführte völlig unzutreffende Kritik an der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer.

Vorsitzender Gebhard stellte fest, daß sämtliche Redner hervorgehoben hätten, daß zu einer erfolgreichen Förderung der Landwirtschaft notwendig sei, daß die gesamte Landwirtschaftspflege samt den zugehörigen Staatsmitteln und Einrichtungen der Landwirtschaftskammer übertragen werden müsse.

Oberratsrat Specht hebt in Erwiderung auf eine Äußerung des Herrn v. Menzingen hervor, daß in den letzten Jahren seitens des Landeskulturamtes für die Hebung der Landeskultur sehr viel geschehen sei. Er erinnere an das große Werk der Entwässerung der Weichselniederung, an die Entwässerung des Neckargebietes usw. Auf der einen Seite noch eine Reihe kleinerer Unternehmungen n. A. durchgenommen worden, so wurden auch in der Rheinebene bei Karlsruhe 300 Hektar durch Entwässerung einer ausgezeichneten Nutzung zugeführt.

Über Steuerberatung der Landwirtschaftskammer berichten die Herren Wader-Karlruhe und Dr. Mattes.

Eine längere Debatte schloß sich an den Bericht des Herrn Dr. Haag über Neuaufrichtung der Besoldungsabteilung. Die Kammer nahm die Besoldungsabteilung an, doch mit der Einschränkung, daß es der Vollversammlung der Kammer vorbehalten bleiben soll, ob ein Beamter der Landwirtschaftskammer von der Klasse 11 in die Klasse 12 aufzurücken soll.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer beabsichtigt, eine Autorität auf dem Gebiete des Tabakbaues, Monierat Hofmann (Pfalz) für die Kammer als Beamten zu gewinnen. Die Vollversammlung gibt dazu ihre Genehmigung.

Es erfolgt die Erledigung einer Reihe von Anträgen. Herr Wolf (Bell) protestiert gegen die strikte Durchführung der Sonntagsruhebestimmung in Bell, die nicht nur für die landwirtschaftliche Bevölkerung, sondern auch für die städtischen Gewerbetreibenden eine schwere Schädigung sei.

Ein anderer Antrag fordert die Regierung auf, daß, wenn infolge der jetzigen schwierigen Lage die Landwirte am 1. Mai arbeiten, das Gesetz in entgegenkommender Weise angewendet werden.

Ein weiterer Antrag will, daß wegen der Getreidemenge nochmals beim Reichsernährungsminister Vorstellung erhoben werde.

Der Antrag, daß bei Anlegung von Sport- und Spielplätzen die Genehmigung der Regierung und der Landwirtschaftskammer eingeholt werden muß, wird zurückgestellt.

Ein Antrag besagt, daß den Landwirten, die durch den Bau des Neckarkanals genötigt waren, Gelände abzutreten, an anderer Stelle entsprechend Gelände zugewiesen werde.

Die Anträge finden sämtlich Annahme.

Präsident Gebhard betont in seinem Schlusswort, daß der Verlauf der Verhandlungen geeignet hat, in welchem Maße die Kammer geeignet sei, für die Entwicklung der Landwirtschaft zu wirken. Die Kammer habe in hohem Maße das Vertrauen der bauerlichen Bevölkerung, der Regierung und des Landtags zurückgewonnen. Sie werde erfolgreich mitarbeiten an dem großen Ziele, unser deutsches Volk mit Lebensmitteln zu versorgen.

Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht über die vorgestrichene Nachmittagsauskunft der Landwirtschaftskammer ist eine Verwechslung unterlaufen, die dahin zu berichtigen ist, daß bei der Diskussion über die Umlageerhöhung zu Beginn der Sitzung nach dem Abg. Klüber nicht Staatsrat Weiskopf, sondern Bürgermeister Weiskopf das Wort nahm, daß also die an der erwähnten Stelle wiedergegebenen Ausführungen von dem letzteren gemacht wurden.

Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

Die Tagesordnung für die 40. Sitzung am Dienstag, den 25. April 1922, nachmittags 4 1/2 Uhr, weist neben der Anzeige neuer Eingänge folgende Punkte auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für die Rechnungsabteilung über den Haushaltsanschlag für die Rechnungsjahre 1922 und 1923, und zwar Hauptabteilung V: Justizministerium (Druck, Nr. 58d), Berichterstatter Abg. Maxam, in Verbindung:

Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über 1. den Antrag der Abg. Vogt und Gen. die Wahrung von Eisenbahnen betr. (Druck, Nr. 45), Berichterstatter Abg. Dr. Kullmann; 2. den Antrag der Abg. Freidhof und Gen. die Freilassung der politischen Gefangenen und Niederschlagung aller schwebenden Kommunizierungsprozesse betr. (Druck, Nr. 17), Berichterstatter Abg. Schön; 3. das Gesuch des Vereins bad. mittlerer Justizbeamten, die Übertragung richterlicher Geschäfte betr., Berichterstatter Abg. Rieger.

Die Forderung für die Kleinrentner. Die Abg. Dr. Schöfer und Genossen haben folgenden Antrag eingereicht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu eruchen, den im Staatsvoranschlag 1922/23 vorgesehenen Betrag von 2.600.000 Mark an Beihilfen für die Kleinrentnerfürsorge auf einen der inländischen weiter gesteigerten Feuerung entsprechenden Betrag zu erhöhen.

Genormte Bauteile

Sollen bei dem geplanten Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Ostfrankreichs in reichem Maße Verwendung finden, ein Beweis dafür, welche große wirtschaftliche Bedeutung der Baunormung und ihren Arbeiten beigemessen wird.

Von Deutschland wird seitens Frankreichs verlangt, daß der Wiederaufbau in durchaus vollwertiger Bauausführung vorgenommen wird. Trotzdem wird deutscherseits natürlich auf das allerernsteste darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die Baukosten keinesfalls höher zu stehen kommen, als es der Zweck unumgänglich erfordert. Die Anwendung jedes Mittels, das der Verbilligung des Bauens dient, ohne die Güte herabzusetzen, ist daher zwingendes Gebot. Schon aus diesem Grunde kann an der Verwendung genormter Bauteile keinesfalls vorübergegangen werden.

Auf Anfrage des deutschen Reichskommissars zur Ausführung von Aufbaubarbeiten in den zerstörten Gebieten hat die Aufbaubehörde im französischen Ministerium des Régions Libérées ihr Einverständnis zur Verwendung genormter Bauteile gegeben. Demzufolge sind in den Entwürfen, welche im Reichskommissariat für Wiederaufbau ausgearbeitet werden, die deutschen Reichsnormen — namentlich Türen und Fenster — überall vorsehen worden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Nr. 28 des Gesetz- und Verordnungsblattes enthält eine ins Einzelne gehende Verordnung des Ministeriums des Innern über die Aufstellung des Gemeindehaushalts, sowie über die Ordnung des Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden.

Eisenbahn-Verkehrssperren.

Von der Sperre sämtlicher Bahnhöfe in Brüssel, Schaerbed und Raden sind Wiederaufbauarbeiten ausgenommen. Stückgut und Wagenabgabensperre nach Weener Ort und Übergang und Holland über Neuzhang sowie Wagenabgabensperre Dresden-Friedrichstadt sind aufgehoben.

DZ. Der Zweigausschuß Baden für Jugendherbergen veranstaltet am 22. und 23. April in Baden-Baden seine Jahresversammlung. Am Abend des 22. ds. findet in der Aula der Realschule anlässlich der Tagung ein von der Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände Baden-Baden veranstalteter öffentlicher Jugendherbergs-Abend statt, während die eigentlichen Verhandlungen am 23. April, vormittags 10 Uhr, im Rathausaal abgehalten werden. Die sozialen Bestrebungen der Jugendherbergen verdienen in weiten Kreisen Beachtung und Unterstützung.

DZ. Konstanz, 20. April. Die Osterferien hatten für verschiedene Salutschwäger einen bitteren Nachgeschmack. Die Herrschaften behnten dieselben über den kleinen Grenzraum aus, kamen mit den letzten Jügen hier an, so daß sie nicht mehr über die Grenze konnten und in Konstanz Hotel wohnen mußten. Bei der polizeilichen Gasthofkontrolle wurden die Ertrappen zur Anzeige gebracht und vom Staatsanwalt mit je 2000 M. Geldstrafe bestraft.

DZ. Konstanz, 20. April. Das Schöffengericht Konstanz verurteilte den Goldwarenhändler Gottfried Seyfried von Charlottenburg wegen versuchten Schmuggels zu 14 Tagen Gefängnis und 20.000 M. Geldstrafe, weil er 264 Tafeln Uhren in der Schweiz kaufte, um sie durch den bereichelerten Tagelöhner August Raier in Konstanz über die Grenze bringen zu lassen. Raier unterließ es die Uhren und wurde deswegen wegen verbotener Einfuhr zu zwei Monaten Gefängnis und 40.000 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Landeshauptstadt.

Der Generalplan für die Karlsruher Herbstwoche 1922.

Mit den Grundzügen der Karlsruher Herbstwoche dieses Jahres befaßte sich eine Versammlung von Vertretern einer Reihe von Organisationen, die ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung bekundet haben, und die vom Verkehrsverein Karlsruhe in den großen Rathausaal gebeten worden waren.

Der Vorsitzende des Verkehrsvereins Stadtrat Konrad Menginger begrüßte die Erschienenen und betonte, daß es dieser Jahr gelte, die Karlsruher Woche von 1921 noch zu übertreffen. Die Mängel, die damals jutage getreten seien, müßten dazu anspornen, auf allen Gebieten etwas ganz Hervorragendes zu leisten. Man könne es als eine Genugtuung empfinden, daß ähnliche Veranstaltungen in anderen Städten als Nachahmungen aufzufassen seien. Die Initiative müsse Karlsruhe jedoch zuerkannt und auch von ihm beibehalten werden.

Verkehrsdirektor Lacher ging auf einen Wunsch aus der Versammlung zunächst auf die Teilnahme des Landesgewerbesamtes an der Herbstwoche ein, das eine Musterchau badischer Handwerkskunst ins Leben rufen will. Im Anschluß daran gab er zu erwidern, ob man die Herbstwoche dieses Jahr nicht in der ersten Woche im September stattfinden lassen wolle, damit von dem Fremdenstrom nach Baden-Baden gelegentlich der Rennen ein Teil nach Karlsruhe gelenkt werde. Es wäre vielleicht möglich, von dort aus Sonberzüge nach Karlsruhe laufen zu lassen. Der letzte Sonntag ist der 3. September. Aber auch vor und nach diesem Termin könnten Veranstaltungen gelegt werden, wie es ja auch in dem vorigen Jahre der Fall gewesen sei.

Regierungsrat Linde erklärte namens des Landesgewerbesamtes, daß die geplante Musterchau ähnlichen Charakter haben werde wie die letzte. Es soll versucht werden, für das Handwerk Aufträge zu sammeln und ihm zuzuführen zu lassen und ihm Entwürfe zu liefern. Das Ziel ist, die Förderung des Gewerbes ohne Unterschied. Selbstverständlich würde die jegliche Veranstaltung in geschmackvoller Beziehung schon eine Deutierung aufweisen. Wenn die Stadt nicht in der Lage wäre, mit Räumlichkeiten zu dienen, würde die Ausstellung in der Badischen Landesgewerkschaft stattfinden. Von der Landeslokalstelle sei eine Ausstellung für Barmetwirtschaft vorsehen. Der Redner regt an, die für Mannheim gedachte Ausstellung in Karlsruhe abzuhalten. Nach dem Vorbild von norddeutschen Städten sollte eine „Technische Woche“ mit der Herbstwoche verbunden werden. Sie sollte die neuesten Erfindungen veranschauligen, die für die heutige Wirtschaft von besonderem Werte sind. Vorträge der Technischen Hochschule sollte man als Ergänzung vorsehen.

Der Vorsitzende begrüßte die Anregung einer technischen Ausstellung. Der Verkehrsverein habe nur die Rolle des Vermittlers übernommen und die einzelnen Korporationen eingeladen, damit man sich über die Grundzüge der Veranstaltung schlüssig werde. Für den Beginn der Herbstwoche dürfte wohl das Theater maßgebend sein.

Verkehrsdirektor Lacher kommt mit Bezug auf diese Ausstellung darauf zu sprechen, daß sie zunächst eine Lokalfrage sei. Es ist eine Gartenausstellung geplant und zwar in der Städtischen Ausstellungshalle. Außer den genannten Veranstaltungen seien vorsehen: An Ausstellungen: eine Kunstausstellung in der Kunsthalle unter Leitung von Professor Stord. Als erfreuliche Tatsache konnte der Redner mitteilen, daß durch Geheimrat Harting die Unterstützung der Regierung für die Herbstwoche zugesichert worden sei. Dann sei

eine Ausstellung im Badischen Landesmuseum unter Leitung von Prof. Rott, eine Kunstausstellung im Badischen Kunstverein, eine Graphikausstellung in der Galerie Moos, eine kleinere Ausstellung für Luxusartikel und Metallarbeiten, eine Ausstellung des Deutschen Agobundes, eine Zusammenfassung der Schulfabrikanten, zu der sich schon 80 Firmen angemeldet haben, ferner eine Modellschau der Landeszentrale des Einzelhandels und der übliche Schaufensterwettbewerb, eine Ausstellung von Bildern und Graphiken durch das Gewerkschaftsamt (Die Arbeit im Lichte der Kunst) — und die bereits erwähnte Gartenbauausstellung. Die Antwort auf das Ersuchen der Handelskammer Karlsruhe, die Industriekreise zur Beteiligung anzuregen, steht noch aus. Eine Modellschau kommt in diesem Jahre wegen der bevorstehenden Wahlen nicht in Frage. Doch sei diese gut gelungene Veranstaltung für das nächste Jahr wieder in Aussicht genommen. Eine Lösung der Lokalfrage sei möglich. Auch dieser Redner betonte, daß der Verkehrsverein in keiner Weise in die Kompetenzen der Institute und Korporationen eingreifen, sondern nur seine organisatorischen Kräfte in den Dienst der Zusammenfassung stellen wolle. Außerdem wolle er die Mittel, die ihm für die Bekämpfung zu Gebote stehen, zur Verfügung stellen. Alle diese Faktoren müßten zusammenwirken, um ein gutes Gelingen zu gewährleisten.

Intendant Volkner äußerte, daß das Landestheater an der Herbstwoche selbstverständlich das größte Interesse habe. Es habe ihn aber überrascht, zu vernehmen, daß die Herbstwoche bereits in der ersten Woche des September beginnen solle. Dadurch werde das Landestheater vor eine ganz neue Situation gestellt, die er im Augenblick noch nicht übersehen könne. Ob es technisch möglich sei, zu dieser Zeit schon alles das zu bieten, was im Plane lag, sei fraglich. Die Ferien am Theater begannen sonst schon Anfang Juli. Dieses Jahr sei die Spielzeit bis 14. Juli verlängert. Die Ferien dauern in der Regel 4 Wochen; es sei aber üblich, sie wegen der großen Anforderungen des Personals auf 6 Wochen auszudehnen. Danach sei also für eine gründliche Vorbereitung nicht genügend Zeit. Inwieweit ohne Beeinträchtigung des Personals eine Vorbereitung für die Herbstwoche möglich sei, unterliege internen Besprechungen. Das eigentliche Programm des Theaters stehe noch nicht fest.

Nach weiterer Erörterung der Terminfrage, an der sich eine Reihe von Rednern beteiligten, ging Verwaltungsdirektor Lacher nun auf die künstlerische Veranstaltungen, soweit sie Musik und Theater betreffen, ein. Außer der Musikwoche des Landestheaters werde die Kammermusikvereinigung ein Konzert oder mehrere veranstalten. Mit besonderer Genugtuung wurde es begrüßt, daß der Theaterkulturbund aus Anlaß des 60. Geburtstages des Dichters einen Gerhart Hauptmannabend im Konzerthaus in Aussicht genommen hat, welche Aufgabe das Landestheater dadurch unterstützen will, daß der Dichter an einigen Abenden zu Worte kommt.

Schließlich sind auch die Festspielaufführungen des Volksschauspiels Detigheim zu erwähnen. In sportlicher Hinsicht sind zu erwarten: Renntveranstaltungen des Reitervereins am 21. September, außerdem Wettfahrten des Reiterverbandes der deutschen Turnerschaft. Ferner wird der Stadtschulrat für Leibesübungen und Jugenderziehung mit einer Reihe turnerischer und sportlicher Veranstaltungen an die Öffentlichkeit treten. Der Männerturnverein wird ein Schauturnen durchführen. Der Karlsruher Reglerverband will mit einem Wettkampfe die Karlsruher Meisterschaft austragen. Die Karlsruher Regattaverbindung hält eine Ruderregatta am 21. Juli und eine Herbstregatta ab.

An wirtschaftlichen Veranstaltungen sind vorgesehen: ein Pferde- und Ferkelmarkt und die bereits erwähnte Geflügel- und Viehauktion. Die Landwirtschaftskammer wird sich ebenfalls durch Veranstaltungen beteiligen, über die jedoch noch nichts Näheres feststeht. Der Gartenbauverein wird wiederum einen Balkonwettbewerb mit Prämierung durchführen.

An Kongressen finden statt: der Verbandstag des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, der Bundestag deutscher Bodenreformer, der Bundestag des Agobundes in Verbindung mit der Ausstellung, die Jahreshauptversammlung der freien Vereinigung der Straßenbahnvereinigungen Rheinlands und Westfalens und eventuell ein Feuerwehrtag. Der Schaufensterwettbewerb und die Modellschau wird der Verkehrsverein wie früher mit dem Ortsverein des Einzelhandels durchführen.

Der Vorsitzende stellt als Termine für den Beginn der Herbstwoche den 10.—17. September, für den Beginn der Theaterwoche den 17.—24. September zur Diskussion.

Die Versammlung stimmte einstimmig zu. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden u. a. auch Mitteilungen über Sonderveranstaltungen des Detigheimer Volksschauspiels und eine Veranstaltung des Südd. Fußballverbandes gemacht. Hinsichtlich des Namens beschloß die Versammlung, an der bisherigen Bezeichnung „Karlsruher Herbstwoche“ festzuhalten.

Verwaltungsdirektor Lacher machte die Versammlung noch mit Anträgen bekannt, die aus den Kreisen des Publikums an den Verein gelangt sind. Es handelt sich um die Schaffung einer Briefmarkenauction, die zu einer Briefmarkenbörse ausgebaut werden könnte, um einen Wettbewerb badischer Musikkapellen, Autoturniere nach dem Muster von Baden-Baden, eine Badische Malerschulausstellung, die jedoch verschoben werden mußte, weil die Einrichtungen der Städtischen Ausstellungshalle noch nicht genügen.

Während der Herbstwoche sollen an den Sonntagen Promenadenkonzerte stattfinden. Auf die notwendige Organisation näher eingehend, betonte der Redner, daß die Finanzierung der einzelnen Veranstaltungen Sache der Unternehmer sei und eine etwaige geldliche Unterstützung nicht in Frage käme. Für Propagandamittel stehen dem Verkehrsverein 10 000 M. zur Verfügung, wozu noch 50 000 M. von der Stadt bewilligte Gelder kommen. Als Reklamemittel sind in Aussicht genommen: ein Prospekt, der Führer und ein künstlerisches Plakat.

In den Arbeitsausschuß werden gewählt: Oberbürgermeister Dr. Winter, Geh. Rat Hartung, Intendant Volkner, Professor Rott, Professor Stork und Vertreter des Verkehrsvereins. Auch soll eine Preiskommission gebildet werden.

Professor Stork machte noch ergänzende Mitteilungen über die von ihm geplanten künstlerischen Veranstaltungen, die unter anderem zwei Vormittags- und zwei Nachmittagskonzerte in der Ausstellungshalle stattfinden werden. Auf Anregung des Verkehrsvereins sind Führungen auswärtiger Gäste durch die Ausstellung vorgesehen. Über Rathaus Grünwald und die deutsche Kunst, mit besonderer Berücksichtigung des Rheinheimer Altars, ist ein Lichtbildvortrag vorzusehen.

Aus den Kreisen der Kunstlergemeinschaft wird nachdrücklich die Forderung vertreten, daß endlich die Ausstellungshalle ihren Zweck dienlich gemacht werde.

Der Vorsitzende schloß die Erörterungen mit dem Wunsche, daß die Karlsruher Herbstwoche in vollem Umfange gelingen möge.

Die Strafkammer verhandelte gegen den 20 Jahre alten Hermann Ehrhorn aus Rastatt, der wegen Betrugs, Urkundenfälschung und falscher Namensangabe angeklagt war. Ehrhorn erscheinend sich in verschiedenen Fällen insgesamt 3000 M., indem er angab, als Reisender für einen Verlag Inserate für ein Adressbuch zu sammeln. Auf die gemachten Bestellungen ließ er sich gleich eine Anzahlung machen. Die Quittungen hierfür unterschrieb er mit falschem Namen. In einem anderen Falle ließ er sich bei der Technischen Hochschule in Mannheim unter falschem Namen einstellen und unterschrieb auch den Verpflichtungschein mit einem solchen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 5 Monaten einer Woche und 3 Tagen Haft. Die Haftstrafe und 7 Wochen Gefängnis gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Badische Gemeindeschau.

Städtische Anstalten und Umsatze.

Wie in dem „Correspondenzblatt des Badischen Städtebundes“ (Nr. 114) mitgeteilt wird, hat der Reichsfinanzhof zwei Entscheidungen bezüglich der Gemeinnützigkeit städtischer Anstalten getroffen, die von allgemeinem Interesse sein dürften.

In der Entscheidung vom 28. Juni 1921 wird die von der Stadt Rastatt unterhaltene Milchzentrale als ausschließliches gemeinnütziges Unternehmen im Sinne des § 3 Nr. 3 Umsatzeuergesetz anerkannt. Die Stadtverwaltung hatte nachgewiesen, daß die Unkosten der Milchzentrale nicht gedeckt werden. Aus den Entscheidungsgründen ist hervorzuheben, daß eine Veranstaltung sogar dann noch als gemeinnützig und wohltätig gelten kann, wenn ein Reingewinn bis zu 5 Prozent der Kapitalanlage verteilt wird.

In der Entscheidung vom 12. Juli 1921 wird das Gemeinde-Frankenhäuser in Achern für ein gemeinnütziges Unternehmen erklärt. Wie in den Entscheidungsgründen ausgeführt wird, ist in dem Verfahren nach § 3 Nr. 3 UStG nicht darüber zu entscheiden, ob einzelne Entgelte eines Unternehmens umsatzsteuerpflichtig sind, sondern lediglich darüber, ob das Unternehmen ein gemeinnütziges oder wohltätiges ist.

Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit oder Wohltätigkeit eines Unternehmens kann allerdings nicht bloß für den ganzen Umfang des Unternehmens genügt werden, sondern auch für bestimmte Teile oder Zweige desselben. Dies hat aber zur Voraussetzung, daß es sich um bestimmte selbständige Teile oder Betriebszweige oder um eine, einen besonderen Zweck verfolgende Tätigkeit des Unternehmens handelt. (Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofs Bd. 4 S. 141, Bd. 5

S. 42, 76). Solche Voraussetzungen liegen, wie der beschließende Senat bereits in dem zur Veröffentlichung bestimmten Beschlusse vom 14. Juni 1921, I B. 85/20, ausgesprochen hat, bei den einzelnen Bergwerksgewerbetrieben eines Krankenhauses oder einer ähnlichen Bergwerksgewerbetriebsanstalt nicht vor. Hier ist vielmehr der Betrieb ein einheitlicher, mit den einzelnen Bergwerksgewerbetrieben werden besondere selbständige Zwecke nicht verfolgt. Die Anerkennung oder die Nichtanerkennung als gemeinnützig oder wohltätig kann daher nur für den Gesamtbetrieb ohne Einschränkung erfolgen. Der Umstand, daß in der I. und II. Klasse höhere Entgelte gezahlt werden, die sich mehr den in privaten Erwerbsunternehmungen geforderten Entgelten angleichen, kann allerdings dazu führen, daß solche Entgelte, falls sie nicht hinter den von privaten Erwerbsunternehmungen durchschnittlich geforderten Entgelten zurückbleiben, gemäß § 3 Nr. 3 Satz 1 des Umsatzeuergesetzes für die Erhebung der Umsatzsteuer auszuscheiden sind. Diese Auscheidung kann aber, wie in dem Beschlusse vom 14. Juni 1921, I B. 85/20, ebenfalls bereits ausgeführt wurde, nur im Veranlagungsverfahren erfolgen. Hiermit steht allerdings die Anordnung im § 10 Abs. 2 Satz 4 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzeuergesetz 1919 nicht im Einklang. Diese Anordnung kann aber, wie in dem Beschlusse vom 14. Juni 1921, I B. 85/20, ebenfalls bereits ausgesprochen ist, nicht binden, weil sie auf einer Verkennung der Begriffe der „Gemeinnützigkeit“ und des „Unternehmens“ im Sinne von § 3 Nr. 3 des Umsatzeuergesetzes beruht.

Der Umstand, daß die Einnahmen aus der I. und II. Klasse des Krankenhauses die Selbstkosten übersteigen, ist für die Anerkennung eines Unternehmens als gemeinnützig nicht von Belang. Für diese kommt es lediglich darauf an, daß das Unternehmen nicht dem Erwerbe, sondern dem allgemeinen Wohl zu dienen bestimmt ist, und daß die Entgelte hinter dem Durchschnitt der von privaten Erwerbsunternehmungen geforderten Entgelte zurückbleiben. Diese Voraussetzungen sind in dem vorliegenden Fall vorhanden. Die gleiche Entscheidung wurde auch bezüglich der Aufnahme von Kindern, welche Vermögen einbringen, getroffen. Dieser mit einem Krankenhausbetriebe verbundene Betriebszweig wurde, wenn auch die Entgelte die Selbstkosten übersteigen, im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Unternehmens ebenfalls für steuerfrei erklärt.

DZ. Pforzheim, 20. April. In der Stadtratssitzung konnte eine Reihe hochherziger Spenden bekannt gegeben werden. So hat der Fabrikant Max Fehler die Kosten für die Beschaffung des Instrumentariums der städt. Schulmusik übernommen und hierfür zunächst 60 000 M. gestiftet. — Kaufmann Grau stellte der Stadt 20 Rentner Weisweil zur Verteilung an Kleinrentner zur Verfügung. — Walter F. Meißel, Zuhälter in Los Angeles (Kalifornien), hat zur Unterstützung alter bedürftiger Pforzheimer ein Guthaben von 15 000 M. überwiesen. Julius Rothschild in Santos (Brasilien) für das Kinderheim in Wimpfen 10 000 M. — Diese schönen Beispiele opferfreudigen Wohlwollens verdienen Nachahmung.

DZ. Pforzheim, 20. April. Der Bürgerausschuß wird sich demnächst mit einer Vorlage beschäftigen, die die Bildung einer Volkshandelsbank vorsieht zu dem Zwecke, die Pforzheimer Bevölkerung mit Holz zu versorgen. Ein Drittel der Anteile übernimmt die Stadt, das zweite Drittel der Konsumverein und das dritte Drittel hiesige Holzhandlungen. Das Gesellschaftskapital wird etwa 100 000 M. betragen. Man hofft, auf diese Weise den Bedarf der Pforzheimer Bevölkerung an Holz sicherstellen zu können.

L. Konstanz, 20. April. Im Rathhauseaal in Adelszell tagte am 19. d. Mts. unter der Leitung des Kreisvorsitzenden eine Versammlung der Vertreter von 15 Sparkassen wegen Aufbringung der Mittel für das Rillensperkassenwerk. Die Sparkassen, die bei dieser Besprechung vertreten waren, sind bereit, den Betrag von 18 Millionen Mark ebl. auch einen höheren Betrag zur Verfügung zu stellen. Das Geld wird gegen einfachen Schuldschein der Vinsgau-Aktiengesellschaft unter Verbürgung des Kreises gegeben werden. Der Zinsfuß wird 5 Prozent betragen. Die Darlehen werden 10 Jahre unkündbar sein. Der Auszahlungskurs wird 98 Prozent der Heimzahlungskurs 100 Prozent betragen. Dem in der Versammlung geäußerten Wunsch entsprechend, wird ein Vertreter der beteiligten Sparkassen in den Ausschüß der Vinsgau-A.G. eintreten. Das Aktienkapital, das zurzeit eine Million Mark beträgt, wird voraussichtlich auf 5 oder 8 Millionen erhöht werden. Ob daneben noch Obligationen in Höhe von 5 Millionen ausgeben werden, steht heute noch nicht fest. Die Verhandlungen mit den Sparkassenvertretern, die sich auf einer streng sachlichen Höhe bewegten, waren in einer Stunde zu Ende geführt. Der Kreisvorsitzende dankte den Sparkassenvertretern für das große Verständnis, das sie dem gemeinnützigem Unternehmen der Elektrizitätsversorgung des Kreises Konstanz entgegenbrachten.

Badisches Landestheater.

Samstag, 2. April 7—n. 9^{1/2} 25 Mk.
Abonnement E 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—100
und 1101—1400.

Die beiden Seehunde.

Im Landestheater. So. 23. Die Fledermaus. 6^{1/2}. (50.00) — Mo. 24. Sonderkonzert für die Unterstützungskasse des Bad. Landestheater-Orchesters. Dirigent: Fritz Cortolezis. 7^{1/2}. (25.00) — Die 25.* Abonn. F 1. Der Ursprung. 7. (25.00) Th.-G. B.V.B. Nr. 2301—2600. — Mi. 26.* Abonn. G 1. Der Troubadour. 7. (40.00) Th.-Gem. B.V.B. alle Nummern über 3500. — Do. 27.* Abonn. B 2. Die St. Jacobsfahrt. 7. (25.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2601—3000. — Fr. 28.* Abonn. A 2. Carmen. 6^{1/2}. (40.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1651—1900. — Sa. 29.* Abonn. D 2. Peer Gynt. 5^{1/2}. (30.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3001—3200. — So. 30. Tannhäuser. 6. (55.00) — Mo. 1. Mai.* Im weißen Rössl. 7. (30.00). — Die 2.* Abonn. E 2. Zum ersten Male. Schahrazade. Oper in 3 Akten von Berthold Sekles. 7. (40.00).

Das wieder eingerichtete Abonnement zerfällt in 7 Abteilungen (A, B, C, D, E, F, G) zu je 6 Werktagsvorstellungen (halb Oper, halb Schauspiel). Preise für eine Vorstellung: I. Rang M. 34.00, Sperrsitze I. M. 30.00, Sperrsitze II und Parterre-Loge M. 26.00, II. Rang M. 20.00, III. Rang M. 14.00. Die Ausgabe der Karten erfolgt an der Vorverkaufskasse.

Im Konzerthaus. So. 23.* Im weißen Rössl. 7. (21.00). — Mi. 26. und Fr. 28. Volksbühne. L 5 und L 6 jeweils Kater Lampe. 7. — So. 30.* Liselott von der Pfalz. 2. (21.00).

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10—1/1, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 22., nachmittags 1/2—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 24. an.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Ueberwachung der von Privatpersonen gegen Entgelt in Pflege gegebenen Kinder betr.

Wir bringen die von dem Herrn Landeskommissar dahier mit Erlaß v. 23. März ds. Js. Nr. 1276 für vollziehbar erklärte Einschränkung der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 7. Juli 1897 zur öffentlichen Kenntnis: Auf Grund des § 98a R.-St.-G.-B. wird mit Zustimmung des Bezirksrats und nach erfolgter Vollziehbarkeitsklärung durch den Herrn Landeskommissar bezirkspolizeilich vorgeschrieben:

Die bezirkspolizeiliche Vorschrift vom 7. Juli 1897, die Ueberwachung der von Privatpersonen gegen Entgelt in Pflege gegebenen Kinder betr., wird für die Stadt Karlsruhe mit sofortiger Wirkung aufgehoben und ihre fernere Gültigkeit auf die Landorte des Amtsbezirks Karlsruhe beschränkt. R. 974
Karlsruhe, den 12. April 1922. O.-3.47
Badisches Bezirksamt II.

Die Änderung des Ortsstraßenplanes der Gemeinde Ruppheim betr.

Der Gemeinderat Ruppheim beabsichtigt eine Änderung des mit Bezirksratsentscheidung vom 25. März 1913 festgestellten Ortsstraßenplanes im Waagebiet beim neuen Schulhaus in Ruppheim. Die Pläne liegen in der Zeit bis einschließlich 6. Mai 1922 auf dem Rathaus in Ruppheim zur Einsicht der Beteiligten auf; bis zu dem gleichen Tag können Einwendungen gegen die beabsichtigten Änderungen beim Gemeinderat Ruppheim oder beim Bezirksamt Karlsruhe geltend gemacht werden. R. 975
Karlsruhe, den 13. April 1922. O.-3.48
Bezirksamt Abt. II.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

R. 989. Durlach. In der Prozesssache Griefke Marie Baum in Wörsbach, mündeljährig und vertre-

ten durch den Vormund Rater Martin Biegler in Wörsbach, Prozessbevollmächtigte: Wetta Baum, Wörsbach, gegen Metaller Paul Michael, Durlach, durch rechtskräftigen Auf-

enthalts, wegen Unterhalts ist Termin zur mündlichen Verhandlung bestimmt auf Dienstag, 30. Mai 1922, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Durlach, wozu der Beklagte hiermit geladen wird. Durlach, 12. April 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

R. 978. Lahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Holzhandlers Edgar Fleury, früher in Reichenbach bei Lahr, jetzt an unbekanntem Orte, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

Dienstag, den 16. Mai 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem Bad. Amtsgericht Lahr, 18. April 1922. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

R. 979. Bellingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wagners Ferdinand Pfundstein in Bellingen wurde, nachdem der im Vergleichstermin vom 26. November 1921 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Be-

schluß vom gleichen Tage bestätigt ist, aufgehoben. Bellingen, 4. April 1922. Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

R. 964. Wiesloch. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Förderer u. Becker in Walsch wurde Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Konkursforderung bestimmt auf:

Dienstag, 2. Mai 1922, vormittags 10 Uhr. Die Kosten trägt der Antragsteller. Wiesloch, 10. April 1922. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bestandene Bekanntmachungen.

Das Forstamt Schönau i. W. verkauft freihändig den diesjährigen Anfall an Fichtenerbrinde im Distrikt Muffen, geschätzt auf 100 Zentner. Angebote frei Bad bis 1. Mai d. J.

Das Bad. Forstamt Staufen i. W. verkauft freihändig aus Domänenwaldbest. I „Sägengrund“, II „Finklerstal“ u. VI „Kreuzenwald“. R. 977.2.1
1 Etage. Ib. m. 1,80
Stm., 3 1/2 m. ca. 3,80

Stm., 15 IIIb. m. ca. 15
Stm., 72 IV. m. ca. 67,5
Stm., 103 V. m. ca. 50
Stm., 2 VI. m. ca. 0,5
Stm., 46 Tannenstämme I. m. ca. 110 Stm., 57 II. m. ca. 140 Stm., 109 III. m. ca. 100 Stm., 71 IV. m. ca. 35 Stm., 297 V. m. ca. 90 Stm., 20 VI. m. ca. 4 Stm., 35 Tannenstämme I. m. ca. 95 Stm., 141 II. m. ca. 150 Stm., 116 III. m. ca. 70 Stm.

Schriftliche Angebote sollen in Prozenten der Landesgrundpreise bis Dienstag, den 2. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr, beim Forstamt Staufen I eingereicht werden.

Forstamt Seng in Staufen zeigt das Holz im Distrikt I und II und Oberforstamt Burgert in Untermünsterthal jenes in Distrikt VI vor.

Badisch-Bayerischer Güterverkehr.

Die Tarifsenkung Graefing Wf.-Graben-Neudorf wird mit sofortiger Gültigkeit von 264 in 364 geändert. Karlsruhe, 20. April 1922. Eisenbahngeneraldirektion.